



## **Gemeinsame Pressemitteilung**

**Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. und VSR-Gewässerschutz e.V.**

**Grundwasser darf nicht der Stromgewinnung aus Braunkohle geopfert werden**

—

**weder beim Abbau in der Lausitz, noch bei der CO<sub>2</sub>-Endlagerung in der Altmark**

(Bonn/Geldern, 2. Februar 2009) Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU) und der VSR-Gewässerschutz e.V. unterstützen das Volksbegehren in Brandenburg „Keine neuen Tagebaue - Für eine zukunftsfähige Energiepolitik“, das noch bis zum 9. Februar 2009 stattfindet. Die Ausweitung des Braunkohletagebau in der Lausitz und die damit verbundene und geplante CO<sub>2</sub>-Einleitung in ein fast ausgebeutetes Erdgasfeld in der Altmark wird immer mehr zum Risiko für die Grundwasservorräte. Die von Vattenfall geplanten Maßnahmen widersprechen der Wasser-Rahmenrichtlinie, die besagt dass bis 2015 für die Grundwasserkörper ein guter mengenmäßiger und chemischen Zustand vorgeschrieben wird. Einerseits plant Vattenfall in der Lausitz, wo das Pilotkraftwerk zur Abscheidung von Kohlendioxid bereits in Betrieb ist, weiterhin weiträumig durch den Tagebau Grundwasser- und somit auch Trinkwasservorräte zu vernichten. Hochwertiges Grundwasser muss abgepumpt und in die Flüsse geleitet werden. Gleichzeitig kann sich in den Abbauzonen kein Grundwasser mehr bilden. Andererseits plant der Konzern das durch die Braunkohleverbrennung entstehende Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) in der Altmark nördlich von Magdeburg unter der Erde zu lagern. „Unsere Nachfrage beim Landesamt für Geologie und Bergwesen in Halle ergab im Dezember, dass für das Pilotprojekt in der Altmark noch keine abschließende Genehmigung ausgesprochen wurde. So existiert immer noch kein wasserrechtlicher Bescheid, der für den Schutz des Grundwasser notwendige Regeln formuliert.“ so Dipl.-Phys. Harald Gülzow vom Geschäftsführenden Vorstand des BBU.

Inzwischen wächst der Widerstand gegen die CO<sub>2</sub>-Endlagerung in der Altmark, deren Risiken heute immer noch nicht abschätzbar sind. Bereits im September 2008 hatten die beiden Umweltschutzorganisationen darauf aufmerksam gemacht, dass das Erdgasfeld in der Altmark durch viele Bohrungen während der Erkundungs- und Abbauphase durchlöchert ist. Seit etwa 100 Jahren wird

in der ehemaligen Grenzregion von Sachsen-Anhalt und Niedersachsen nach Erdöl, Erdgas und anderen Bodenschätzen gebohrt. Teilweise reichen die Bohrlöcher mehrere Kilometer in die Tiefe. Die Auswertung der dem BBU zur Verfügung stehenden Angaben zu den Bohrungen lieferte Überraschendes. „So gibt es im Raum Wustrow viele Tiefenbohrungen, bei denen weder der Auftraggeber noch das durchführende Bohrunternehmen bekannt ist. Wie will man dort sicherstellen, dass die Bohrung ordnungsgemäß verschlossen wurden?“ so Harald Gülzow. Selbst wenn die verfüllten Bohrlöcher nach den anerkannten Regeln der Technik versiegelt wurden, könnten die verwendeten Materialien eine ungenügende CO<sub>2</sub>- bzw. Säurebeständigkeit aufweisen. Niemand kann diese Frage beantworten. Die Verschlüsse könnten von innen zerfressen werden und das Kohlendioxid dann entweichen. CO<sub>2</sub> kann dann über diese Löcher ins umgebene Grundwasser eindringen und es verschmutzen. Bei der Speicherung in der großen Tiefe wird Kohlendioxid flüssig und kann wie ein Lösungsmittel wirken. Giftige Schwermetalle, die noch im Erdgasfeld vorhanden sind, lösen sich und werden innerhalb der Lagerstätte verteilt. Dringt jetzt an Rissen und undichten Bohrlöchern dieses verschmutzte Kohlendioxid in die umliegenden Gesteinschichten ein, kann das Grundwasser verseucht werden. Außerdem nimmt durch das Kohlendioxid, wenn es mit dem Grundwasser in Berührung kommt, die Säurekonzentration des Wassers erheblich zu, so dass es zur Versauerung kommt. „Wasser ist die Grundlage unseres Lebens. Wir dürfen nicht riskieren noch weitere und tieferliegende Grundwasservorräte zu verschmutzen!“ so Susanne Bareiß-Gülzow, Vorsitzende vom VSR-Gewässerschutz.

Der BBU und der VSR-Gewässerschutz fordert Vattenfall auf, die veraltete Technik der Braunkohleverstromung aufzugeben und endlich auf CO<sub>2</sub>-arme Stromerzeugung in dezentralen Anlagen zu setzen. Wir brauchen keine CO<sub>2</sub>-produzierenden Braunkohlekraftwerke mit Tagebau und anschließender CO<sub>2</sub>-Endlagerung.

Kontakt:

Dipl.-Phys. Harald Gülzow	Mitglied im Geschäftsführenden Vorstand des BBU	Tel. 0170 3856076
Susanne Bareiß-Gülzow	Vorsitzende vom VSR-Gewässerschutz	Tel. 02831 980281